
Internationalisierung der Hochschulen gerecht gestalten - Der Beitrag der Kirchen

10.-12. Dezember 2008, Kronberg/Ts. bei Frankfurt M.

Entwicklungspolitische Zusammenarbeit und Internationalisierung der Hochschulen in Deutschland - Perspektiven für Bund, Länder, Hochschulen und die Kirchen

Dr. Reinhard Hermle, Oxfam Deutschland

Mit der Breite des Themas haben Sie mir eine schwierige Aufgabe gestellt. Nur mein Übermut und die Neugier auf neue Fragestellungen haben mich letztlich zu einer Zusage verleitet. Vermutlich werde ich wohl nur bedingt das liefern können, was Sie erwarten. Ich bin seit vielen Jahren mit Entwicklungspolitik beschäftigt. Hochschulpolitische Entwicklungen verfolge ich im Wesentlichen aus der Perspektive des interessierten Zeitungslesers und Vaters studierenden Nachwuchses. Ich werde und muss mich daher auf einige Aspekte und Fragestellungen beschränken.

1. Was ist Entwicklungszusammenarbeit (EZ)/Entwicklungspolitik?

Es ist der Versuch, durch den Transfer von Geld, Wissen, Erfahrung sowie die Gestaltung entwicklungsfreundlicher Rahmenbedingungen dauerhafte und möglichst sich selbst tragende Entwicklungsprozesse in Entwicklungsländern anzustoßen und zu begleiten.

Es geht um nachhaltige Entwicklung, Überwindung von Hunger und Armut, sozialen Fortschritt, wirtschaftliches Wachstum, Förderung von Demokratie und Partizipation, Infrastruktur, Aufbau leistungsfähiger Institutionen z.B. Steuersysteme und Finanzverwaltung, Beratung von Regierungen, Gendergerechtigkeit, menschliche Sicherheit, Krisenprävention, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, Anpassung an den stattfindenden Klimawandel, Unternehmensverantwortung – Lieferketten, menschenwürdige Arbeit, Kernarbeitsnormen, Mikrofinanzierung.

Politisch: Weltsozialausgleich

Normativ: Das Bemühen um mehr Gerechtigkeit in der Welt angesichts von Globalisierungsprozessen, die die Spaltung in Arm und Reich vertiefen. Schließen von Gerechtigkeitslücken.

Aber sie ist auch Instrument politischer und wirtschaftlicher Eigeninteressen: Werben um politische Loyalitäten, Abwehr äußerer Gefahren – Migration, organisiertes Verbrechen, Seuchen, Terrorismus.

Operativ: Direkte Armutsbekämpfung, Projekt- und Programmarbeit **und**

Globale Strukturpolitik (z.B. Handel, Agrarmarkt, Klima, Finanzkrise, Steuerflucht, Verschuldung, Rüstungsexporte...)

Deshalb ist Entwicklungspolitik mehr als Entwicklungshilfe und nicht nur Aufgabe des dafür im engeren Sinn zuständigen Ministeriums (BM/), sondern der Regierung insgesamt.

Handlungsrahmen heute sind vor allem die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs). Über 1 Milliarde Menschen leben in absoluter Armut, von weniger als 1,25 US\$ pro Tag. Mehr als 800 Millionen Menschen leiden an Hunger und Mangelernährung. Etwa 30.000 Kinder sterben täglich an Krankheiten, die nicht tödlich sein müssten. Noch viel zu wenig Kinder kommen in den Genuss regelmäßigen und qualifizierten Schulunterrichts. Die Weltbank schätzt, dass innerhalb von drei Generationen die Wirtschaft im südlichen Afrika aufgrund von HIV und Aids vollständig kollabieren wird, wenn die derzeitige Entwicklung anhält.

Dies sind nur einige der Fakten, die die Staats- und Regierungschefs im September 2000 bewogen hatten, die Millenniumserklärung der Vereinten Nationen zu beschließen. Aus dieser Erklärung gingen die so genannten Millenniums-Entwicklungsziele hervor, die darauf abzielen, die extreme Armut bis 2015 zu halbieren. Im Einzelnen geht es um Grundbildung, Mütter- und Kindersterblichkeit, Kampf gegen HIV/Aids, Geschlechtergerechtigkeit, Klimaschutz und globale Entwicklungspartnerschaft.

Es handelt sich dabei um Grundbedürfnisse, die existenzielle Voraussetzungen für Entwicklung darstellen. Sie bilden aber nicht die ganze Entwicklungsagenda ab. Demokratische Strukturen, Good Governance, Schutz vor den Folgen des Klimawandels und externer ökonomische Schocks – wie der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise – gehören unabdingbar mit dazu. Es geht um Erfüllung menschenrechtlich begründeter Ansprüche.

Staatliche EZ: Von Staat zu Staat, Projekte und Programme, Gestaltung politischer Rahmenbedingungen (global), politische Dialoge.

Private EZ (Nichtregierungsorganisationen/kirchl. Werke) : Projektarbeit mit zivilgesellschaftlichen Partnern vor Ort, vor allem kleinere Projekte, Empowerment, Advocacy- und Lobbyarbeit, Kampagnen; „Strukturen der Räuberei bekämpfen“.

Entwicklungspolitik hat Erfolg. Die Zahl der Menschen in absoluter Armut ist relativ zur gewachsenen Weltbevölkerung gesunken, die Lebenserwartung weltweit gestiegen. Jedoch bestehen krasse Disparitäten fort und nehmen zum Teil an Schärfe zu. Gefahr der Überschätzung der Entwicklungspolitik. Weder ist sie für alles Unheil in der Welt verantwortlich noch in der Lage, dieses zu überwinden. Wirtschafts- Handels- und Finanzpolitik kommt in der Regel größere Bedeutung zu. Deren Regulierung im Sinn größerer Entwicklungsverträglichkeit wichtig.

Entwicklungspolitik ist ein permanenter Suchprozess nach dem richtigen Weg mit wechselnder Theorie und Praxis.

2. Entwicklungspolitik als Gegenstand von Forschung und Lehre

Trägt Lehre und Forschung etwas zur Erklärung von Armutspänomenen und ihrer Überwindung bei? Sind die „Hochschulen in der Welt und für die Welt“? (Hochschulrektorenkonferenz, Entschließung der 4. Mitgliederversammlung am 18.11.2008)

Es erscheint evident, dass sich die großen Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht – Überwindung der Armut, Klimawandel, ein Finanz- und Wirtschaftssystem, das allen und nicht nur Wenigen eine befriedigende Lebensperspektive schafft –, ohne weitere Investitionen in Wissen und Forschung nicht bewältigen lassen werden, und dies auch im Bereich der Entwicklungspolitik zunehmend wichtiger wird. Jedoch ist festzustellen, dass in Deutschland der Bereich Entwicklungsforschung in den letzten Jahren, vor allem in den 90er Jahren beträchtlich an politischer, wissenschaftlicher und öffentlicher Bedeutung verloren hat. Fachbereiche wurden ausgedünnt, entsprechende Lehrstühle nicht wieder besetzt oder umgewidmet, regionalwissenschaftliche Kapazitäten abgebaut. Angewandte Entwicklungsfor-

Es gibt darüber allerdings keine genaue Erkenntnislage, weil es keine umfassende systematische Erhebung gibt. Es wird an relativ wenigen Stellen explizit Dritte-Welt- oder entwicklungsbezogene Lehre und Forschung - meist im sozialwissenschaftlichen Bereich - betrieben und das Thema kommt zumindest implizit auch an vielen anderen Fakultäten und Lehrstühlen, z.B. gerade auch im Bereich der Volkswirtschaft oder Agrarforschung vor.

Zur Lage in NRW stellt eine neue Untersuchung eine große thematische Bandbreite und Länderorientierung mit thematischen Schwerpunkten an den meisten Institutionen, die damit befasst sind, fest. Diese seien jedoch wenig miteinander vernetzt und die Themensetzungen folgten im Wesentlichen den Einzelinteressen der Wissenschaftler

Geforscht wird vor allem sektorspezifisch. Interdisziplinäre Entwicklungsstandorte wie z.B. dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE), an dem die unterschiedlichsten Fachbereiche vertreten sind, gibt es an Universitäten kaum. Eine übergreifende strategische Kooperation und Vernetzung entwicklungsbezogener Studiengänge an Universitäten und Fachhochschulen bzw. der jeweiligen Institutionen untereinander sowie eine strategische Aufgabenverteilung sind nicht zu erkennen. Zusammenarbeit findet eher vereinzelt in einigen Projekten statt. Insider sprechen zwar von relevantem Netzwerk der beteiligten Forscher sowohl national international. Die Sichtbarkeit lässt aber zu wünschen übrig. Wissenschaftsbasierte Politik- und Praxisberatung ist als Dienstleistung von Universitäten und Fachhochschulen im Bereich der internationalen Zusammenarbeit kaum entwickelt – so zumindest das Ergebnis einer Untersuchung in NRW. Ein systematischer Transfer von Forschungsergebnissen in Politikberatung findet – von Ausnahmen abgesehen (DIE; ZEF; INEF, einzelne Forscher) - in eher geringem Umfang statt. Auch fällt die Kooperation mit Akteuren der EZ und Partnern aus der Wirtschaft bescheiden aus.

Zum Vergleich: In Großbritannien oder den Niederlanden sind „Development Studies“ als eigenständige Disziplin an Universitäten seit Jahrzehnten verankert. Die meist interdisziplinär angelegten Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen haben das Ziel, sowohl theoretisches als auch praktisches Wissen über Entwicklungsprozesse zu generieren. Auch sind sie mit dem praktisch-politischen Feld der EZ sehr viel stärker verschränkt, als dies in Deutschland der Fall ist.

Für den Abbau entwicklungsrelevanter Forschungs- und Ausbildungsbereiche in Deutschland sind neben dem föderalen System, historischen Aspekten, der starken Abgrenzung der Disziplinen und einem Mangel an öffentlicher Rückendeckung sicherlich auch die gestiegene Finanzautonomie der Hochschulen verantwortlich. Letztere ging oft einher mit Mittelkürzungen und der Festlegung von engen Forschungsprioritäten. Entwicklungsforschung und die Kooperation mit Hochschulen in Entwicklungsländern sind dieser strategischen Planung oft zum Opfer gefallen. Diese Entwicklungen schränkten nicht nur die Fakultäten, sondern auch die individuellen Forschungs- und Handlungsspielräume der Forschenden stark ein.

Hinzu kommt, dass mit Einführung der Exzellenzinitiativen im Bereich Forschung nicht nur sozialwissenschaftliche Forschung generell geschwächt wurde, sondern sozialwissenschaftliche Entwicklungsforschung im speziellen. Von den 36 Exzellenzinitiativen, die seit 2006 bewilligt wurden, gibt es nur eine mit explizitem Bezug zu entwicklungspolitischen Partnerländern („Asia and Europe in a Global Context. Shifting Asymmetries and Cultural Flows“ an der Universität Heidelberg). Zwei weitere Exzellenzcluster („Die Herausbildung normativer Ordnungen“ an der Universität Frankfurt und „Kulturelle Grundlagen von Integration“ an der Universität Konstanz) behandeln in einzelnen Projekten ebenfalls entwicklungspolitisch relevante Fragen und Themenbereiche, z.B. Governance, Sicherheit und Frieden, Korruption und die Kulturdynamik von Religion. Hinzu kommen zwei Doktorandenprogramme, die ebenfalls im Rahmen der Exzellenzinitiative 2007 bewilligt wurden (Graduiertenkolleg „African Studies“ in Bayreuth und das Graduiertenkolleg „Muslim Societies and Cultures“ in Berlin).

Vielleicht ist Entwicklungsforschung auch kein Bereich, der Universitäten oder Fakultäten in Deutschland hilft, sich national bzw. international zu profilieren. Dies trifft auch auf Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zu. So lässt sich seit einigen Jahren beobachten, dass gerade in den Bereichen Politikwissenschaft und Soziologie verstärkt zu Globalisierungspro-

zessen und zu Global governance-Fragen geforscht wird, also zu Themengebieten, die zunehmend auch im Bereich Entwicklungszusammenarbeit und für entwicklungspolitische Fragestellungen relevant sind. Allerdings wird dabei selten auf dieses Politikfeld Bezug genommen. Dies könnte bedeuten, dass diese Schwerpunktsetzung nicht reputationsfördernd ist und andere Politik-/Forschungsfelder als relevanter angesehen werden.

Auch die Einführung der Bachelor- und Master-Studiengänge hat dazugeführt, dass entwicklungsländerbezogene Wahlfächer weggefallen sind oder entwicklungspolitische Fachbereiche aufgelöst wurden.

Aber es gibt auch ermutigende Anzeichen einer Wende: An mehreren deutschen Hochschulen sind neue Initiativen zu beobachten, die Entwicklungsforschung zu verstärken, oft mit ökonomischen, klimabezogenen und agrarwissenschaftlichen Schwerpunkten. Einige Universitäten haben neue Masterstudiengänge mit Entwicklungsbezug eingeführt (z.B. der MA „International Development Studies“ in Marburg, der MA „Development Management“ in Bochum oder der MA „International Relations and Development Policy“ in Duisburg-Essen). Auch ist hinzuweisen auf die DAAD-Ausschreibung „Hochschulexzellenz in der Entwicklungszusammenarbeit“ v. 21.10.2008. Um die Leistungen der deutschen Hochschulen in der EZ zu honorieren und künftig wissenschaftliche Beiträge mit Leuchtturmwirkung zu den Millenniums-Entwicklungszielen (MDGs) zu stärken, fördert der DAAD mit Mitteln des BMZ ab Mai 2009 fünf deutsche Hochschulen mit bis zu 1 Mio € pro Jahr.

Es strömt, besser: fließt offensichtlich frischer Wind und auch neues Geld ins System und wirkt der Schwächung der entwicklungsrelevanten Forschung und Lehre entgegen. Insgesamt beliefen sich die BMZ-Ausgaben für Wissenschaft und Forschung in 2006 auf rund 60 Mio €, davon etwa die Hälfte für Hochschulkooperation, die andere Hälfte für Forschungszwecke im eigentlichen Sinn (d.h. vor allem Förderung von DAAD und AvH-Stiftung für Aufgaben in Deutschland und in Schwellenländern (SL)/Entwicklungsländern (EL)). Letztere Ausgaben betragen 2000 etwa 20 Mio €, sie sollen 2009 auf 35 Mio € steigen. Die Ausgaben des BMBF für WTZ lagen 2006 bei 46 Mio.

Andere Länder tun da mehr. DIFID (das britische BMZ) gab 2006 170 Mio € (rund 4% des DIFID-Budgets) für Wissenschaft und Forschung aus, ab 2010 sollen es 300 Mio € werden. Auch NL und SWE investieren erheblich mehr.

Das sind vor allem quantitative Angaben, die nichts darüber sagen, was inhaltlich stattfindet und ob z.B. das zornige Diktum eines Autors im SZ-Magazin v. 5.12.08 zutrifft, der sagte: „Heerscharen von bestens ausgebildeten Akademikern wurden während der letzten 20 Jahre dafür eingespannt, die Reichen noch reicher zu machen. Von ihrer geballten Kreativität blieb nichts übrig für die Lösung der Frage, wie die Armut abzuschaffen sei.“ Angesichts der aktuellen Krisen könnte man versucht sein, dem Autor Recht zu geben. Und es könnte auch eine Herausforderung für Sie sein zu prüfen, ob sich daran im Laufe der nächsten Jahre etwas ändert.

3. Ausländer an deutschen Hochschulen

Als wichtiger Indikator für die Internationalisierung der Hochschulen bzw. der Hochschulbildung gilt der Anteil ausländischer Studierender. Generell lässt sich dazu sagen, dass sich die internationale Mobilität der Studierenden in den letzten Jahren erheblich erhöht hat. Auch die Zahl der in Deutschland studierenden Ausländer hat sich von etwas über 100 Tausend in 1997 bis zum Jahr 2006 fast verdoppelt. Der Anteil der ausländischen Studierenden an allen Studierenden in Deutschland lag 2006 bei 9,5 %.

Die Hälfte der Bildungsausländer kam aus dem europäischen Raum, die andere Hälfte aus anderen Regionen der Welt. An der Gesamtzahl der Bildungsausländer sind Entwicklungsländer mit einem Drittel vertreten. Davon kommen etwas über 17% aus Schwellenländern (und dort wahrscheinlich überwiegend aus den Ober- und Mittelschichten), die mit Abstand

meisten davon (13,8%) aus China. Betrachtet man das afrikanische Kontingent genauer, so zeigt sich, dass die Mehrzahl der Studierenden aus dem maghrebinischen Nordafrika stammt und nur vergleichsweise Wenige aus Subsahara-Afrika, der größte Block mit 2,8% aus Kamerun (alle Zahlen aus 2006, siehe Tabelle im Anhang).

Falsch ist die Aussage, dass „77% der ausländischen Studierenden aus Ländern mit geringem oder mittlerem Pro-Kopf-Einkommen, also aus Entwicklungs- und Schwellenländern“ (sic!) kommen (DSW-Journal 3/2008). Vielmehr ist eindeutig, dass insbesondere Afrika als der schwierigste Entwicklungskontinent und die Gruppe der in Armut lebenden Menschen, die im Mittelpunkt des entwicklungspolitischen Interesses stehen, an deutschen Hochschulen nur marginal vorkommen. Soweit Entwicklungsländer vertreten sind, handelt es sich um Schwellenländer oder bereits fortgeschrittenere Entwicklungsländer. Das ist nicht überraschend und spiegelt grosso modo die krasse Asymmetrie wieder, die wir in der Regel beobachten, wenn von Beziehungen zwischen uns und EL/SL die Rede ist. (z.B. Afrikas Anteil am Weltexport von 6% im Jahr 1980 auf 3% im Jahr 2006 gefallen). Noch eindeutiger ist übrigens das Bild, wenn es um deutsche Studierende im Ausland geht: In der Liste der Zielländer kommen EL überhaupt nicht vor.

Sollte man wünschen, dass auch arme Lernwillige aus armen Ländern mehr Chancen bekommen sollten, in Deutschland zu studieren? Grundsätzlich gewiss, auch wenn es besser wäre, sie hätten ausreichende und gute Bildungschancen in ihren Heimatländern. Auch stellen sich einige ernste Probleme und Fragen. Es müssten dazu natürlich die Grundvoraussetzungen in EL bestehen bzw. geschaffen werden, was sich jedoch vielfach erst in den Anfängen befindet. Es müssten vor allem hier die Programme für Hilfe und Förderung, z.B. bei Studiengebühren und Stipendien, durch den Ausbau englischsprachiger Studiengänge, in der Betreuung usw. ausgebaut werden. Dafür müsste sehr viel mehr Geld in die Hand genommen werden. Was bedeutet die Tatsache, dass mehr als die Hälfte der ausländischen Studierenden das Studium in Deutschland abbricht? Und was machen diejenigen, die das Studium zu Ende bringen? Bleiben sie hier und finden sie Arbeit? Nach neuesten Zahlen und nach den Beschlüssen der Bundesregierung zur Erleichterung des Verbleibs bleiben immer mehr, nämlich Ende 2008 voraussichtlich 6000, 100% mehr als im Vorjahr (SZ v. 9.11.08). Und die anderen, gehen sie zurück in ihre Heimatländer, finden sie dort Arbeit oder wandern sie weiter, auf der ewigen Suche nach befriedigenden Arbeits- und Lebenschancen? Meint das Brain circulation?

„Das Studium an einer deutschen Hochschule kann auch eine intelligente Form der Entwicklungshilfe sein“, sagte BM Steinmeier kürzlich in einem Interview (DSW-Journal3/08). Die Betonung liegt auf kann, denn es kann auch anders ausgehen. Die Brain drain Problematik darf nicht unterschätzt werden. Entwicklungspolitisch wird sie oft negativ bewertet. Dafür gibt es gute Gründe. Der Verlust von Menschen mit Fähigkeiten, Fertigkeiten und personengebundenem Wissen ist – wenn er sich quantitativ bedeutsam darstellt – für jedes Land ein Problem, insbesondere aber für schwächere EL.

In Afrika südlich der Sahara gab es zu Beginn des 21. Jahrhunderts nur noch ungefähr 20.000 qualifizierte Wissenschaftler. Dies entspricht einem Anteil von 0,36 Prozent der Wissenschaftler/innen weltweit. Schätzungen zufolge arbeiten mehr als 30.000 promovierte Akademiker/innen aus Afrika in Übersee, und jedes Jahr verlassen 23.000 Graduierte Afrika, größtenteils nach Europa. Schätzungen zufolge hat Afrika in weniger als zwei Jahrzehnten ein Drittel seiner Akademiker verloren. Betroffen sind vor allem Ägypten, Südafrika, Nigeria, Kenia und Ghana.

Nach einer Studie aus 2008 auf der Basis von Zahlen aus 2000 arbeiteten im Jahr 2000 ungefähr 65.000 Ärzt/innen und 70.000 Krankenschwestern, die in Afrika geboren wurden, in einem Industrieland. Das entspricht etwa einem Fünftel der afrikanischen Ärzt/innen und einem Zehntel der afrikanischen Krankenschwestern.

Aber es gibt auch mögliche positive Effekte des Brain drain: Rücküberweisungen von Migrant/innen, die häufig für Bildungsinvestitionen der Familien in den Herkunftsländern ver-

wendet werden. Entlastung für den heimischen Arbeitsmarkt. Besser eine Beschäftigung im Ausland als arbeitslos zuhause. Erfahrungs- und Know how-Transfer.

Ich will das nicht vertiefen. Zentral erscheint mir, dass eine Interessenbalance gewahrt wird, die das 10-Punkte-Memorandum der Humboldt-Stiftung und des DAAD vom 6.7.2005 versucht: Dass Deutschland einerseits „im weltweiten Wettbewerb um die klügsten Köpfe“ eine „anerkannt erste Adresse“ für Studierende und Wissenschaftler aus dem Ausland bleiben bzw. werden soll, andererseits „Bildung und Ausbildung als Instrument einer nachhaltigen Entwicklung in der Zusammenarbeit mit den EL stärker zur Geltung“ zu bringen sei.

Oder – wie es beim KAAD 2006 ein Stück weit ins Operative gewendet heißt: „Für die deutsche staatliche und kirchliche Entwicklungspolitik bleibt aus unserer Sicht gültig, dass im Interesse der Kohärenz der eigenen Politik, aber besonders der Wohlfahrt der Partnerländer entwicklungspolitisch relevante Bereiche der Bildungsmigration vor einer meist (ökonomisch) kurzfristig gedachten Einwanderpolitik geschützt werden sollten. Incentives zur Rückkehr in die Heimat und Reintegrationshilfen der entsprechenden staatlichen und kirchlichen Programme sollten unbedingt beibehalten und nach Möglichkeit ausgebaut werden. Die pastorale Sorge um die Aufnahme und Integration der ausländischen Studierenden sollte nicht in Widerspruch geraten zu deren Option auf Reintegration und der Förderung eines konkreten Engagements für ihre Heimatländer und Heimatkirchen“.

Nicht alles liegt dabei in unserer Hand. Natürlich müssen auch die Regierungen des Südens ihren Teil dazu beitragen, dass es zu der notwendigen Balance kommt, und manche tun das auch. Malawi z.B. hat 2005 die Gehälter für Fachkräfte im Gesundheitsbereich um 52% angehoben und damit die Abwanderung dieser Fachkräfte drastisch reduziert.

4. Die Strategie der Bundesregierung

Die zunehmende Internationalisierung der Hochschulen ist Faktum und Herausforderung zugleich. Wissen und Wissenschaft gelten heute als die Schlüsselressource für Arbeitsplatzsicherung, wirtschaftlichen Erfolg und Entwicklung schlechthin. Die Notwendigkeit, sie auszubauen und zu vertiefen, scheint notwendig und völlig unbestritten. Das geht aus aktuellen Papieren der Hochschulrektorenkonferenz (Entschließung der 4. MV am 18.11.2008), des DAAD (Aktionsprogramm „Qualität durch Internationalität“ v. Juli 2008) und der Strategie der Bundesregierung zur Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung, vorgelegt vom BMBF im Februar dieses Jahres, klar hervor.

Zentral ursächlich dafür werden die Globalisierungsprozesse und der davon ausgehende gewachsene Wettbewerbsdruck angesehen. Es besteht offensichtlich eine große Übereinstimmung darin, dass die Wettbewerbsposition Deutschlands unbedingt ausgebaut und gegen die wachsende internationale Konkurrenz abgesichert werden müsse. Und so lautet auch der Titel des Strategiepapiers des BMBF: „Deutschlands Rolle in der globalen Wissensgesellschaft stärken“. Es geht um einen Wettlauf um die klügsten Köpfe, die beste Forschung und das höchste Renommee. Aber auch die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in Bildung und Forschung soll ausgebaut und nachhaltig gestärkt werden. Und Deutschland will mit seinen Forschungs- und Innovationspotenzialen Verantwortung für die Welt übernehmen und zur Lösung der globalen Krisen und Probleme wie Armut, Klimawandel, Ressourcenschutz und –nutzung, Gesundheits- Sicherheits- und Migrationsfragen beitragen. Die HRK geht soweit zu sagen, dass eine Hochschule, die die Globalisierungsprozesse und die damit verbundenen Herausforderungen ignoriere, mittel-, wahrscheinlich schon kurzfristig chancenlos sei.

Die genannten Papiere enthalten eine Fülle von komplexen Überlegungen und Ansätzen, die ich weder im Einzelnen bewerten will noch kann. Da kennen Sie sich ohnehin besser aus. Ich beschränke mich auf einige Bemerkungen aus entwicklungspolitischer Perspektive zur Strategie der Bundesregierung, wie sie sich im BMBF-Papier vom Febr. 2008 darstellt.

Dass die Bundesregierung sich um die Wahrung der deutschen Interessen sorgt, ist legitim und entspricht dem Eid, den Kanzler/in und Minister/innen bei der Amtsübernahme schwören. Die Frage ist, inwieweit dies in einem Rahmen geschieht, der die Interessen anderer Länder mit berücksichtigt und diese mit den eigenen zu einem Ausgleich zu bringen versucht und ob die verschiedenen Ressortpolitiken, also die von BMBF, AA und BMZ z.B., sich kohärent zueinander verhalten.

Beides, Berücksichtigung der Interessen anderer und gesamtpolitische Kohärenz, sehe ich in dem Strategiepapier grundsätzlich angelegt, jedoch nicht konsequent entfaltet. Die eindrücklichste Einschränkung erkenne ich im Schlusssatz der Zusammenfassung, wo – zuge-spitzt – die Katze aus dem Sack gelassen wird: Die Internationalisierungsstrategie soll alle 3 bis 5 Jahre dahingehend überprüft werden, „welcher Nutzen für Deutschland erzielt wurde“. Lapsus oder klare Prioritätensetzung? Aus entwicklungspolitischer Sicht wäre wichtig, dass auch die armen Länder Zugang zu Bildung und Forschung und vor allem die in Armut lebenden Menschen dort erhalten.

Zwei Akteuren innerhalb der Bundesregierung werden maßgebliche Beiträge zur Internationalisierung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen zugeschrieben: Der internationalen Zusammenarbeit des BMBF und der Außenwissenschaftspolitik des AA (S. 11): Das BMZ findet keine Erwähnung. Warum?

Deutschland und die EU haben sich zum Ziel gesetzt, bis 2010 3% des BIP in Forschung und Entwicklung zu investieren (S. 11). Für die Bekämpfung der weltweiten Armut haben die EU insgesamt 0,56% BIP und Deutschland 0,51% BIP bis 2010 zugesagt und bis 2015 sollen es die sagenhaften 0,7% sein, die bereits vor mehr als 30 Jahren versprochen wurden – und in beiden Fällen werden die Ziele bei gleichbleibenden Trends nicht erreicht werden, und dass sich die Trends ändern, erscheint vor allem auch angesichts der schweren Finanzkrise und der Belastungen, die auf die öffentlichen Hände zukommen, höchst ungewiss.

Der herausgehobene Rang von Deutschland als Gastland für ausländische Studierende (10%) soll mindestens gehalten und möglichst qualitativ verbessert werden. Das halte ich grundsätzlich für wünschenswert. Dies wird sich aber wahrscheinlich zum Nachteil der ärmeren Länder auswirken, die gar kein interessantes Angebot an qualifizierten Studierenden zu machen in der Lage sein werden.

Hoch qualifizierte Ausländer sollen auch nach dem Studium sowie nach der wissenschaftlichen Weiterqualifikation in Deutschland bleiben und arbeiten können (S. 18). Es heißt, dass - um brain drain zu vermeiden – ein Ansatz angestrebt werde, „der einer engen und dauerhaften Zusammenarbeit im Interesse beider Kooperationsländer gerecht wird“ (S. 12) Das soll durch brain circulation erreicht werden. Wie das erreicht werden kann und soll, wird leider nicht näher ausgeführt..

Der Abstand zwischen erster und dritter Welt wird im Strategiepapier durch bestürzende Zahlen unterstrichen: 98% der meist-zitierten wissenschaftlichen Veröffentlichungen entstehen in 31 Ländern, wobei die 8 führenden Länder bereits einen Anteil von 85% ausmachen (S. 14). Daran wird auch der Prozess der Internationalisierung der Hochschulen für lange Zeit wenig ändern, weil sie sich im Wesentlichen zwischen den IL und einigen Schwellenländern abspielen wird. Die meisten EL werden wegen ihres massiven Rückstands (Asymmetrie) gar nicht in das System einer verbesserten Kooperation einbezogen werden und damit weiter zurückfallen.

Die Zusammenarbeit mit EL in Bildung, Forschung und Entwicklung soll nachhaltig gestärkt werden (S. 24/25). Das ist zu begrüßen und bezieht eine Vielzahl von Schritten und Maßnahmen mit ein. Ich kann mich allerdings des Eindrucks nicht ganz erwehren, dass diese Teile des Strategiepapiers etwas beiläufig daherkommen und eher kurz und allgemein ausgefallen sind. In jedem Fall wäre es im Sinne entwicklungspolitischer Kohärenz der Ansätze wichtig, dass BMBF, BMZ und AA – trotz der unterschiedlichen Logiken – eng und auf der Basis gleicher Standards und Grundprinzipien zusammenarbeiten.

Zur Begrifflichkeit ist anzumerken, dass unter Entwicklungsländern vor allem – wie es im Strategiepapier selbst einschränkend gesagt wird – „aufstrebende Entwicklungs- und Schwellenländer“ gemeint sind. Das liegt auch angesichts der finanziellen Aufwendungen nahe, die zwar nicht unerheblich sind bzw. sein werden, die aber dahingehend näher untersucht werden müssten, was davon letztlich den Kooperationsländern bzw. uns selbst zugute kommt. Für die armen Länder werden ein paar Krümel abfallen, sie bleiben aber eigentlich erneut weit außen vor. Die mehrfach angesprochenen Asymmetrien im Beziehungsverhältnis von IL und EL werden weiter perpetuiert.

Damit dies denn doch nicht geschieht, gewinnt auch in der internationalen entwicklungspolitischen Debatte die Förderung des tertiären Sektors wieder verstärkt an Bedeutung, nachdem sie seit Beginn der 90er Jahre stark rückläufig war. Entsprechend will z.B. auch die GTZ ihre Aktivitäten in diesem Bereich verstärken. Begründet wird dies mit der unleugbaren Relevanz von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und anderen Institutionen des "Wissenssystems" für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und die jeweilige Positionierung der Länder im globalen Wettbewerb. Dafür braucht es auch eine kritischen Dichte von lokalen Fach- und Führungskräften (Wissenschaftler, Ingenieure, Manager, politische Entscheidungsträger), und dies umso mehr, da die traditionellen Standortfaktoren kostengünstige Arbeit und Rohstoffe tendenziell an Bedeutung verlieren.

Trotz steigender Bedeutung der Hochschulen für die gesellschaftliche Entwicklung muss sich der tertiäre Bildungssektor gerade in den Entwicklungs- und Schwellenländern weiter mit einer Vielzahl von Problemen auseinandersetzen: das starke quantitative Wachstum und der Kapazitätsausbau der Hochschulen seit den 70er Jahren wurde nicht ausreichend von Maßnahmen zur Qualitätssicherung und Verbesserung der Rahmenbedingungen für Lehre und Forschung begleitet. Dazu haben die Finanzknappheit der öffentlichen Hand, die Unterfinanzierung der Hochschulen und des Personals, wirtschaftliche Krisen, Strukturanpassungsprogramme, Reduktion des öffentlichen Sektors und Schrumpfen des lokalen Arbeitsmarkts, fehlende Anpassung der Ausbildungen an den Arbeitsmarkt und als Folge hohe Akademiker-Arbeitslosigkeit, insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften beigetragen. Der Zugang zur Hochschulausbildung ist selektiv: Frauen, Minoritäten und benachteiligte Gruppen erhalten keine ausreichende Förderung und sind unterrepräsentiert. Regionale Unterschiede kommen z.T. erschwerend hinzu: In Subsahara-Afrika z.B. wird die Situation durch die HIV / AIDS Problematik noch weiter verschlechtert. Zu bedenken ist auch die sog. digitale Kluft, also der in vielen Ländern noch krasse Mangel an Zugängen zur Welt der digitalen Elektronik.

Und es fehlt gerade in den ärmsten Ländern noch vielfach an elementarsten Bildungsvoraussetzungen. Deshalb lag der Schwerpunkt in der bilateralen EZ in den letzten Jahren vor allem auf der Förderung der Grundbildung, der beruflichen und non-formalen Bildung und spielt der Zugang zur Grundbildung für alle Jungen und Mädchen bei den MDGs eine so zentrale Rolle. Das ist angesichts der nach wie vor erschreckenden Zahlen nicht verwunderlich: 2005 waren immer noch 72 Millionen Kinder ohne Zugang zu Schulbildung. 774 Millionen Menschen sind Analphabeten, jeder fünfte Erwachsene kann also weder lesen noch schreiben. Es sind meist die ohnehin schon benachteiligten Gruppen einer Gesellschaft, denen das Recht auf

Bildung verwehrt wird: Mädchen und Frauen, Menschen mit Behinderungen, Kinder, die in Konfliktregionen aufwachsen und Kinder aus armen Verhältnissen, die arbeiten müssen, anstatt zur Schule gehen zu können. Besonders in Afrika bleibt die Lage dramatisch: Dort gehen weniger als ein Drittel aller Kinder im schulfähigen Alter zur Schule und es herrscht ein eklatanter Mangel an qualifizierten Lehrkräften. Bei Mädchen ist die Schulabbruchrate signifikant höher als bei Jungen. Von den derzeit eingeschulten Kindern werden voraussichtlich 150 Millionen frühzeitig und ohne Abschluss die Schule verlassen, zwei Drittel davon werden Mädchen sein.

Vieles wurde quantitativ – wenn auch nicht immer qualitativ hinreichend - erreicht. So konnte lt. UNESCO die Zahl der Kinder, die keine Schule besuchen, von 1999 bis 2005 um 24 Mio gesenkt werden. Dazu hat zweifellose die Education for All – Fast Track Initiative (FTI) von

Weltbank und anderen Gebern (2002) beigetragen. Dennoch lässt die finanzielle Förderung gerade dieses Bereichs zu wünschen übrig.

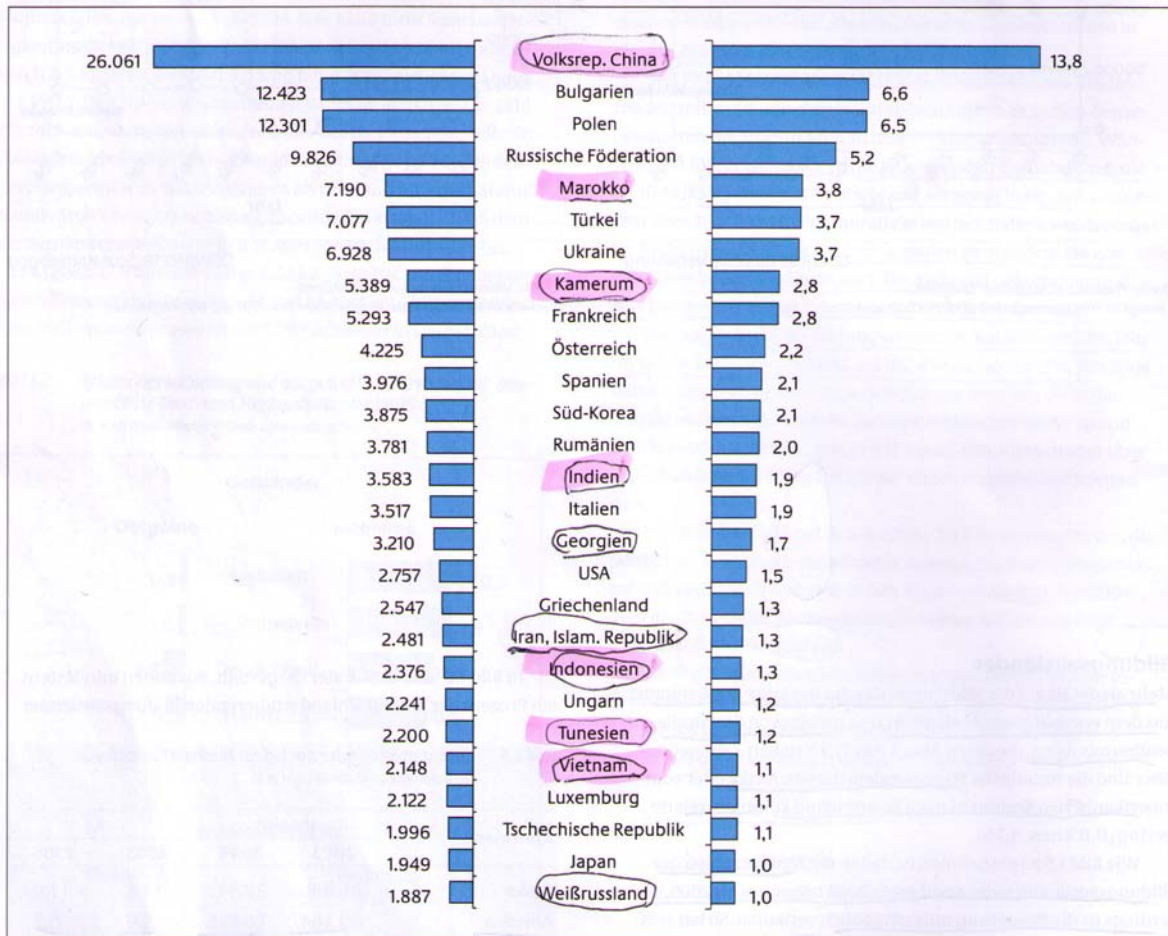
Seit dem Jahr 2000 sind die Mittel für weltweite Bildungszusammenarbeit zwar anfänglich gestiegen, 2005 aber deutlich zurückgegangen. Bildung hat bei wichtigen Gebern an Priorität verloren. Aber auch viele Südregerungen zeigen sich säumig, auch wenn sie über weitaus geringere Ressourcen verfügen. In nur 65 afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern sind die Ausgaben für Bildung gestiegen, in 41 Staaten gesunken. Die für Bildung vorgesehenen EZ-Mittel liegen international deutlich unter den für notwendig erachteten Zuschüssen (2,4 statt 10 Mrd. US \$ pro Jahr; allein den FTI-Ländern fehlt mehr als eine Milliarde US\$ pro Jahr). Auch die Bundesregierung zeigt sich säumig. Zwar belief sich die deutsche ODA für die Förderung von Bildung 2006 auf insgesamt 1,1 Mrd. € oder 15,5, % der gesamten deutschen bilateralen Hilfe. Davon sind allerdings 717 Mio € - also mehr als zwei Drittel – Studienplatzkosten für Studierende aus EL an deutschen Universitäten, und inwieweit dies der Zielsetzung der möglichst direkten Armutsbekämpfung dient, kann man lange diskutieren.

5. Schlussbemerkungen

Globalisierung ist für Universitäten nichts Neues, schon ihr Name steht für universalen Anspruch. Forschung und Wissen sind heute entscheidend, um mitspielen zu können. Dass sich Hochschulen verstärkt internationalisieren, erscheint logisch und konsequent. So legitim es ist, die eigenen Interessen zu verfolgen, so notwendig ist es auch, danach zu fragen, was solche Prozesse für die schwachen Länder bedeuten. Hier sehe ich beträchtliche Defizite. Entwicklungspolitisch wäre es unzureichend, wenn wir nur erreichen wollten, unsere durch globalen Wettbewerb und gewaltige Machtverschiebungen in Richtung Schwellenländer, vor allem in Asien, gefährdete Position zu retten und weiter in der Oberliga mitspielen zu können. Es genügt nicht, die Oberfläche der Statistiken oder Programme zu betrachten. Vielmehr muss man immer auch nach den qualitativen Folgen und Auswirkungen für die in Armut lebenden Menschen dieser Welt fragen. Das ist die entwicklungspolitische Perspektive und Herausforderung. Die Asymmetrien zwischen den Welten sind dergestalt, dass sie ohne gezielte Gegenstrategien eher stabilisiert oder sogar vertieft statt überwunden werden. Deshalb muss die Entwicklungsforschung an deutschen Hochschulen breiter angelegt, quantitativ und qualitativ ausgebaut und finanziell besser und gezielter gefördert werden. Deshalb ist die Wissenschaftskooperation gerade auch mit den armen Ländern und der Auf- und Ausbau qualifizierter Hochschulen dort besonders notwendig, denn sie werden – wie die Grundbildung – für Entwicklung gebraucht. Für beide Bereiche gilt aber, dass sie auf die realen Bedürfnisse ihrer Standorte zugeschnitten sein müssen. Es reicht nicht, Lehrbuchwissen aus Industrieländern zu repetieren.

Aus: Internationalisierung des Studiums:
 Ergebnisse der 18. Sozialerhebung des DAAD
 Studentenwerke
 Veröff. vom DAAD, 2008

Bild 1.6 Rangfolge der wichtigsten Herkunftsstaaten der in Deutschland studierenden Bildungsausländer im Jahre 2006
 Bildungsausländer, absolut und in %



Quelle: Wissenschaft weltoffen DAAD/HIS

DSW/HIS 18. Sozialerhebung